

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsband
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 141

Samstag, den 20. Juni 1931

Jahrgang 104

Einlenken Amerikas in der Kriegsschuldenfrage? Vor bedeutsamen Entscheidungen in Washington — Radikale Frontschwankung in der Abrüstungsfrage

U. Berlin, 20. Juni. Berliner Blätter melden aus Washington: Präsident Hoover hatte gestern eine längere Unterredung mit Staatssekretär Stimson, hierauf eine mit den Führern der beiden Senatsfraktionen und anschließend daran eine mit dem Unterstaatssekretär Mills. Der Präsident der Senatskommission für Finanzen, Smoot, ist telegraphisch nach Washington berufen worden. Am Nachmittag empfing Präsident Hoover den Unterstaatssekretär Klein, der Fachmann in Außenhandelsfragen ist, und daran anschließend eines der ältesten Mitglieder der Finanzkommission des Repräsentantenhauses, Bacharach. Das Eingreifen des Präsidenten wird in Zusammenhang gebracht mit der Unterredung zwischen Mellon und Macdonald am Donnerstag. Man glaubt, daß eine wichtige Entscheidung über die amerikanischen und europäischen Finanzen im Gange sei.

Präsident Hoover erklärte am Freitag über seine Unterredungen im Weißen Hause, er habe mit mehreren Führern beider politischen Parteien über Maßnahmen gesprochen, die geeignet seien, zur wirtschaftlichen Wiedergesundung sowohl in den Vereinigten Staaten wie im Ausland beizutragen und insbesondere eine Stärkung der Lage in Deutschland herbeizuführen. Man sei sich noch nicht über bestimmte Pläne schlüssig geworden, aber die Art, in der die Vertreter beider Parteien auf die Angelegenheit eingegangen seien, sei durchaus befriedigend gewesen.

Wichtiger Beschluß der amerikanischen Regierung in der Abrüstungsfrage

Nach einer Sondermeldung der „New-York Evening Post“ wurde in Washingtoner Militärkreisen bekannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen habe, ihren bisherigen energischen Widerstand gegen die Herabsetzung der Seereschuldenziffern unter der Bedingung aufzugeben, daß der Militärausgleich lediglich als Maßstab für Rüstungen des betreffenden Landes und nicht zum Vergleich mit den Rüstungen anderer Länder dienen darf. Diese radikale Frontschwankung der Regierung wird damit

erklärt, daß Hoover, soweit Amerika in Betracht kommt, dieses Hindernis für einen erfolgreichen Ausgang der Weltabrüstungskonferenz wegräumen will.

Die Industrie hinter Brüning

U. Berlin, 20. Juni. Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie trat am Freitag bei zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. C. Duisberg zu einer Tagung in Berlin zusammen, in der die augenblickliche Notlage des deutschen Volkes eingehend erörtert wurde. Das Ergebnis der Tagung faßte Dr. Duisberg wie folgt zusammen:

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist sich darüber klar, daß die Vermeidung eines wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruches in allererster Linie eine Frage des Vertrauens in die Führung der Reichsgeschäfte ist. Der Person des Reichskanzlers bringt die Industrie dieses Vertrauen entgegen.

An dem Inhalt der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde ernste Kritik geübt. Die entscheidenden Schritte, die Wirtschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr durch die ungeheure Ueberlastung mit öffentlichen Ausgaben und die falschen Methoden der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auferlegt sind, müssen noch getan werden. Der Reichsverband behält sich vor, im Einzelnen zu den Bestimmungen der Notverordnung Stellung zu nehmen.

Eine dringende Aufgabe ist ferner das entschlossene Anpacken der Reparationsfrage. Ein Börgern der Reichsregierung in dieser Frage wird von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und von der gesamten deutschen Industrie nicht mehr verstanden. Die Reichsregierung muß im geeigneten Augenblick die kraftvolle Initiative ergreifen, die notwendig ist, um solche Verhandlungen in Gang zu setzen, eine baldige Lösung der Tributfrage und damit eine Erleichterung der untragbar gewordenen Lasten herbeizuführen. Die schnelle Lösung der Reparationsfrage ist nicht nur für den Bestand der deutschen Wirtschaft die notwendige Voraussetzung, sondern sie liegt auch im Interesse Europas und der Welt.

Frankreichs Erpressungsversuch in Wien Die französisch-österreichischen Kreditverhandlungen gescheitert — Oesterreich lehnt politische Garantien ab

U. Berlin, 20. Juni. Wie von unterrichteter Seite bestätigt wird, sind die französisch-österreichischen Verhandlungen über den Abschluß eines Kredites in Höhe von 350 Millionen Schilling gescheitert. Auf französischer Seite wird als Begründung dafür angegeben, daß die österreichische Regierung sich geweigert habe, die politischen Garantien zu geben, die von französischer Seite gefordert wurden. Die österreichischen Unterhändler seien aus Paris abgerufen worden.

Weiter wird bestätigt, daß die französische Regierung tatsächlich in Wien politische Forderungen als Vorbedingung für die Gewährung einer Anleihe überreichen lassen, wonach Oesterreich einer Erneuerung oder Erweiterung des Genfer Protokolls vom Oktober 1922 zustimmen bzw. einen schriftlichen Verzicht auf die Verwirklichung der deutsch-österreichischen Zollunion leisten sollte. Die österreichische Regierung habe jedoch derartige Forderungen als unannehmbar abgelehnt.

Ob Frankreich nunmehr seine Absichten, auf diesem Wege die österreichisch-deutsche Zollunion zu beseitigen aufzugeben hat, scheint jedoch unsicher zu sein. Anscheinend wollen die Franzosen ihre Pläne bei einer etwaigen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Oesterreich in anderer Form weiter verfolgen.

Englische Hilfe für Oesterreich auch ohne Frankreich?

Englische Bankkreise haben, wie aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, erneut den Wunsch geäußert, daß Oesterreich baldmöglichst einen Vertreter ernennen möchte, der bevollmächtigt ist, unverzüglich in internationale Finanzverhandlungen einzutreten. London lege im Interesse einer baldigen Ueberwindung der Krise großen Wert darauf, die Konfliktverhandlungen zu einem Erfolg zu führen, und zwar wenn irgend möglich, in großem internationalem Rahmen unter Zusammenarbeit der Zentralbanken Frankreichs, Deutschlands und Amerikas.

Sollten jedoch politische Erwägungen das Zustandekommen einer internationalen Abmachung hinauszögern oder bedrohen, so müßte London unter Umständen, wenn auch mit dem größten Widerwillen, die Möglichkeit in Erwägung ziehen,

eine Vereinbarung selbst unter dem Ausfluß von Paris herbeizuführen.

Seipel bildet das neue Kabinett

— Wien, 20. Juni. Bundespräsident Miklas hat gestern den früheren Bundeskanzler Seipel mit der Regierungsbildung beauftragt. Jedoch gelangte Seipel nach Verhandlungen mit der Sozialdemokratie, den Großdeutschen und den Landbündlern zu dem Ergebnis, daß eine Regierungsbildung auf der bisher verfolgten Grundlage aussichtslos sei. Es ist noch ungewiß, ob die Verhandlungen am heutigen Samstag von Dr. Seipel weiter fortgesetzt werden, oder ob sie auf einer vollständig anderen Grundlage weitergeführt werden. Es besteht, wenn Dr. Seipel die Verhandlungen fortsetzt, am ehesten noch die Möglichkeit eines Ministerkabinetts, in dem die Christlich-Sozialen und der österreichische Landbund vertreten sind.

Die Autonomie des Memellandes in Gefahr

Vor einem litauischen Putsch

U. Königsberg, 20. Juni. Ueber neue Putschabsichten der litauischen Miliz im Memelland bringen die „Dzpr. Zeitung“ und die „Königsberger Allg. Ztg.“ in ihren Freitagsausgaben aufsehenerregende Enthüllungen. Darnach scheint es, als ob die Schauli-Slänga (Litauische Jungschützen) die Absicht haben, die Autonomie des Memellandes kurzerhand zu beseitigen und den kommissarischen Landrat von Memel, Simonaitis, der von dem ersten Putsch her satzungsbekannt ist, zum Diktator des Memelgebietes zu machen. Memeler Schulkindern wird der Besuch deutscher Ferienheime verboten.

Wie alljährlich, so sollten auch in diesem Sommer 35 erholungsbedürftige Schulkinder der memelländischen Schulen in deutschen Ferienheimen für einige Wochen untergebracht werden. Gouverneur Werpys hat diesen Kindern in letzter Minute die Erteilung eines Ausreisewissens aus dem Memelgebiet verweigert.

Tages-Spiegel

Aus Washington kommt die überraschende Nachricht von einem Einlenken der amerikanischen Regierung in der Kriegsschulden- und Abrüstungsfrage. Nähere Einzelheiten über die Absichten der Regierung Hoover sind jedoch noch nicht bekannt.

Das Reichskabinett setzte gestern seine Beratungen über die Revisionsfrage fort. Zu der Vorkonferenzbesprechung wurde jetzt auch der Londoner Geschäftsträger zugezogen.

Frankreichs Plan, durch Kredite politische Zugeständnisse von Oesterreich zu erpressen, ist vorerst an der Ablehnung der Wiener Regierung gescheitert. England hat sich zu weiterer Finanzhilfe bereit erklärt.

Wie aus Italien verlautet, plant man in Rom durch Wiederherstellung der Habsburger Monarchie in Oesterreich den Anschluß an Deutschland und eine Donau-Verdichtung zu hintertreiben.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat gestern auf dem Bodensee zum ersten Male eine Wasserlandung vorgenommen. Seit 1909 war dies die erste Wasserung eines Zeppelins Luftschiffs.

Tributlasten und Volksgeundheit

Eine Entschlieung des deutschen Vortages

U. Köln, 20. Juni. Der Deutsche Vortag nahm den Entwurf zu einer Reichs-Vortagsverordnung von Geheimrat Stauder-Nürnberg mit großer Mehrheit an. In einer einstimmig angenommenen Entschlieung zu den gesundheitlichen Folgen der Tributlasten heißt es u. a.: „Die deutsche Vortagschaft stellt mit ernster Sorge vor der ganzen Welt fest, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes durch die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die drückenden Tributlasten immer mehr bedroht ist. Der seelische Notstand der arbeitslosen Massen und das fortschreitende Herabdrücken der allgemeinen Lebenshaltung müssen zu schweren Erschütterungen der Lebenskraft des deutschen Volkes führen. Wenn etwa hereinkommende Epidemien dieses erschöpfte Volk befallen, würden sie auch an den Landesgrenzen nicht Halt machen. Es muß eine Solidarität der Menschheit gegenüber Hunger und Krankheit geben. An diese wollen wir in dieser Stunde glauben und hoffen, daß durch Erleichterung der Tributlasten das deutsche Volk wieder Lebensmöglichkeiten erhält, damit es nicht der Verzweiflung in die Arme getrieben wird.“

Weitere Entschlieungen des Vortages wurden zur Reform der Krankenversicherung und gegen den Giftgaskrieg gefaßt.

Litwinow kommt nach Berlin

U. Moskau (über Kowno), 20. Juni. Wie hier verlautet, beabsichtigt der russische Außenkommissar Litwinow, der sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei aufhält, auf der Rückreise nach Moskau dem Reichsaußenminister Curtius einen Besuch in Berlin abzustatten. Da dieser Besuch voraussichtlich gegen Mitte Juli zu erwarten ist, dürfte er mit der weiteren Gestaltung der russisch-deutschen Beziehungen zusammenhängen. In Moskauer politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Litwinow auf der Rückreise von Berlin nach Moskau nicht in Warschau Station machen wird.

Neue Grenzverletzung im Osten

Wieder polnische Flieger über deutschem Gebiet

U. Berlin, 20. Juni. Nach einer Meldung Berliner Blätter überflogen am Mittwoch zwischen 17 und 18 Uhr zwei polnische Militärflugzeuge, gekennzeichnet durch die rot-weißen Karree, deutsches Gebiet zwischen Freystadt und Garmsen. Sie flogen in Richtung auf Graudenz.

Sparkassenpanik in Worbis

U. Kassel, 20. Juni. Unsinnige Gerüchte über Beschlagnahme von Sparkasseneinlagen die Bevölkerung des Kreises Worbis auf dem Eischfeld in größte Bestürzung und führten zu einem Sturm auf die Kreis Sparkasse. Die Abhebungen bei der Kreis Sparkasse in Worbis dauern leider noch an und haben einen geradezu katastrophalen Umfang angenommen. Hervorgehoben sind diese Abhebungen durch unsinnige Gerüchte, daß 20 v. H. aller Spareinlagen vom Staat durch die Notverordnung beschlagnahmt würden. Freitagmittag erließen die Verwaltung der Kreis Sparkasse und der Landrat des Kreises Worbis einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es heißt, daß die im Kreise umgehenden Gerüchte von einer Beschlagnahme von 20 v. H. aller Spareinlagen jeglicher Begründung entbehrten.

Die Steuerschraube ist überdreht

Fortschreitende Steuerschrumpfung im Reich

Das Steueraufkommen des Reiches im Rechnungsjahre 1930/31 zeigt mit erschütternder Klarheit, daß alle noch so „vorsichtigen“ Veranschlagungen graue Theorie bleiben müssen, wenn der Belastungsdruck die Grenzen des Erträglichen überschritten hat. Die öffentlichen Finanzen kann man nun einmal nicht auf beliebig lange Zeit je nach den wirklichen oder vermeintlichen „Bedürfnissen“ hinausschrauben. Sie besitz nicht allein eine hohe Konjunkturrempfindlichkeit, sondern auch bei besserer Konjunktur ist dem Anteil der Steuerlast an den gesamten Unkosten der Wirtschaft eine unüberschreitbare Grenze gezogen. Im verflochtenen Rechnungsjahr wurde die Steuerschraube so sehr überdreht, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft so stark überschätzt, daß die in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (Inkraftsetzung des endgültigen Reichshaushalts) auf Grund der wirtschaftlichen Lage vorgenommenen Mindererschätzungen fast nirgends die durch Tarifierhöhungen bei einzelnen Steuern (beim Bier beispielsweise ab 1. Mai 1930 um fast 50 v. H.) erwarteten Mehreingänge teilweise nur zu 70 v. H. (Tabaksteuer) oder gar zu knapp 50 v. H. (Bier) erreicht wurden. Die Steigerung der Belastung hat also selbst bei diesen verhältnismäßig weniger konjunkturrempfindlichen Genußmitteln ein Absinken des Aufkommens hervorgerufen, oder besser: Das Anziehen der Steuerschraube hat den Verbrauch so gemindert, daß die Mehreinnahmen nicht entfernt mehr den Erwartungen entsprechen. Mit einer geringeren und schonungsvolleren Belastung hätte der gleiche, wenn nicht ein besserer Erfolg erzielt werden können. Solche Feststellungen, die mehr oder weniger für unser gesamtes Steuersystem gelten, stempeln die öffentliche Finanzwirtschaft zu einem Gemisch aus der Wirtschaft ohnegleichen.

Schon eine Gegenüberstellung der Reichseinnahmen aus Steuern und Zöllen in den beiden Rechnungsjahren 1929/30 (917,7 Millionen Mark) und 1930/31 (902,5 Millionen Mark) zeigt, auf wie abschüssigem Wege wir uns befinden. Wenn in einem Depressionsjahr, wie es die deutsche Wirtschaft wohl noch nie gesehen hat, die steuerliche Ausquetschung gegenüber dem vorhergehenden Jahre kaum gesunken ist, so spricht sich solche Starrheit öffentlichen Finanzgebarens selbst das Urteil. Dabei muß man jedoch noch berücksichtigen, daß sich der „vorsichtige“ Voranschlag für 1930/31 auf 10 265,6 Millionen Mark belief, also das Aufkommen des Vorjahres noch um über eine Milliarde überschritt. Und das unter dem Zeichen der „Besehung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“. Die tatsächliche Entwicklung hat eine Quittung erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: Nur 87,9 v. H. des Jahresbills wurden erreicht, so daß sich ein Fehlbetrag von 1240 Millionen Mark ergab.

Die Besitz- und Verkehrssteuern waren an diesem Ausfall fast im gleichen Verhältnis beteiligt wie die Zölle und Verbrauchsabgaben. Dort 88 v. H. des Voranschlags (Soll: 677,1; Ist: 596,1 Millionen Mark; Mindereinnahme: 81,0 Millionen Mark), hier 87,7 v. H. des Voranschlags (3494,5 bzw. 3064,6 bzw. 429,9 Millionen Mark). Also in beiden Hauptsteuerarten die gleiche Erscheinung der Schrumpfung.

Unter den Besitz- und Verkehrssteuern stehen die konjunkturrempfindliche Einkommen- und Umsatzsteuer im absoluten Ausfall weitest an der Spitze. Bei der Einkommensteuer (Vohnabzüge, Kapitalertragssteuer, andere Einkommensteuer) betrug der Ausfall trotz der seit dem dritten Quartal wirksamen Zuschläge für Ledige und für Einkommen von mehr als 8000 Mark über 25 v. H. des gesamten Steuerfehlbetrages, nämlich 365,3 Millionen Mark (Soll: 3126; Ist: 2760,7) oder 11,7 v. H. des Voranschlags, bei der Lohnsteuer allein 220,9 Millionen Mark (1502 bzw. 1281,1) oder 14,7 v. H. des Voranschlags. Die Umsatzsteuer erbrachte trotz (oder wegen) der Tarifierhöhung (seit 1. April 1930) nur 85,5 v. H. der Schätzung (Soll: 1165; Ist: 996,2; Fehlbetrag: 168,8 Millionen Mark). Auch das Aufkommen bei der Körperschafts- und Vermögenssteuer, deren Voranschlag in der genannten Verordnung des Reichspräsidenten gegenüber dem ursprünglichen Entwurf schon gemindert wurde, ist hinter den „vorsichtigen“ Schätzungen zurückgeblieben: Bei der erstgenannten

um 10 v. H. (Soll: 500; Ist: 450; Ausfall: 50 Millionen Mark), bei der letzteren um 3,2 v. H. (465 bzw. 450,1 bzw. 14,9 Millionen Mark). Die schon herabgeschätzte Beförderungsteuer erscheint mit einem Fehlbetrag von 44,8 Millionen, das sind 12,5 v. H. des Solls von 360 Millionen Mark, die Aufbringungsumlage mit einem solchen von 22 Millionen gleich 6,3 v. H. des Solls von 350 Millionen Mark. Als höchst konjunkturrempfindlich und geradezu kennzeichnend für den Ernst der Wirtschaftslage stellt sich die Kapitalverkehrssteuer (Gesellschafts-, Wertpapier- und Börsenumsatzsteuer) dar. Hier hat selbst die Ermäßigung der Gesellschafts- und Wertpapiersteuer auf die Hälfte (ab 1. Oktober 1930) keine Anregungen gebracht. Die Einnahmen aus der Kapitalverkehrssteuer sanken auf 55,3 v. H. des Voranschlags (Soll: 108; Ist: 59,7; Ausfall: 48,3 Millionen Mark), aus der Börsenumsatzsteuer allein sogar auf 46,2 v. H. der Voranschätzung. Auch die Kraftfahrzeugsteuer hat trotz ihrer Ermäßigung (Zuschlag von 15 auf 10 v. H.) zwar die Vorjahrshöhe, aber nicht den Voranschlag erreicht (Ausfall 30,3 Millionen bei einem Soll von 239,1 Millionen). Unter den restlichen Besitz- und Verkehrssteuern treten als Ausnahmefälle mit einer ungefähren Erreichung oder Ueberschreitung des Voranschlags lediglich hervor die Versicherungssteuer (99,8 v. H. des Solls, Voranschlag 65 Millionen, Einnahmen 64,9 Millionen Mark), weiter infolge der Lotterieprieserhöhung die Lotteriesteuer (110,7 v. H. des Solls, Voranschlag 55, Einnahmen 60,9 Millionen) und die ganz unwesentliche Obligationsteuer (159,1 v. H. des Solls, Voranschlag 4, Einnahmen 6,4 Millionen Mark). Alle übrigen kleineren Steuerarten (wie Erbschaftsteuer, Grunderwerbssteuer, Kennzeichensteuer, Wechselsteuer) haben Ausfälle bis zu 27,5 v. H. des Voranschlags gebracht.

In der Zweiten Hauptgattung der Reichseinnahmen, den Zöllen und Verbrauchsabgaben, bei denen, wie schon gesagt, die Fehlschätzung 429,9 Millionen gleich 12,3 v. H. des Voranschlags betrug, stehen die Zölle im absoluten Ausfall bei weitem an erster Stelle. Bei einem Voranschlag von 1266 Millionen Mark sind nur Einnahmen von 1083 Millionen zu verzeichnen, so daß sich die Mindereinnahmen auf 183 Millionen gleich 14,5 v. H. der Schätzung oder rund 15 v. H. des gesamten Steuerfehlbetrages belaufen. Lediglich die ganz unbedeutende Effigäuresteuer hat den Voranschlag von zwei Millionen Mark um 0,5 Millionen überschritten, die Zuckersteuer (Voranschlag 171 Millionen) ihn bis auf 0,8 v. H., die Zündwarensteuer und Spielkartensteuer (Voranschlag 14 bzw. 2,4 Millionen) bis auf 1,6 v. H., die statistische Abgabe (Voranschlag 3 Millionen) bis auf 4,7 v. H., die Tabaksteuer (Voranschlag 1115 Millionen) bis auf 5,1 v. H. erreicht. Alle übrigen Verbrauchsabgaben sind zum Teil sehr wesentlich im Rückstand geblieben: Von den größeren vor allem die Biersteuer um 13,9 v. H. (Voranschlag 550, Ausfall 76,7 Millionen Mark) und die Abgabe aus dem Spiritusmonopol um 28,3 v. H. (295 bzw. 83,4 Millionen), von den kleineren die Mineralölsteuer um 13,8 v. H. (Voranschlag 12, Ausfall 1,7 Millionen), die Leuchtstoffsteuer um 15,2 v. H. (13 bzw. 2 Millionen), die Abgabe aus dem Zündwarenmonopol um über 25 v. H. (4 bzw. 1 Million), die Schaumweinsteuer um 28,9 v. H. (11 bzw. 7,8 Millionen), die Mineralwassersteuer sogar um 57 v. H. (95 bzw. 15 Millionen), die Süßstoffsteuer um den gleichen Satz (0,6 bzw. 0,3 Millionen) und schließlich die Branntweinsteuer um nicht weniger als 86,6 v. H. (0,5 bzw. 0,1 Million Mark).

Im ganzen ist die Reichsteuereigerung des verflochtenen Rechnungsjahres ein bereites Zeugnis für die sinnlose Ueberlastung des Steuerhebels, für die ungeheure Ueberschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, für das gänzliche Fehlschlagen eines Teils der neuen Steuerversuche. Der jüngste Steuertrauß von weiteren rund 700 Millionen Mark wird genau so verdorren, wie die vorhergehenden. Wird die Finanzkrise nicht durch rücksichtslosen Abbau der öffentlichen Ausgaben und Verwaltungskosten und durch Reparationsentlastung behoben (viel Zeit ist nicht mehr vorhanden), so ist das Chaos die unausbleibliche Folge.

Wirtschaft und Notverordnung

II. Berlin, 19. Juni. Auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Hanabundes hielt der Direktor des Bundes, Mosich, einen Vortrag über „Notprogramm der Reichsregierung und Wirtschaft“. Er führte u. a. aus, es gebe in Deutschland heute kaum noch einen sich verantwortlich fühlenden Staatsbürger, der nicht die gegenwärtige Notverordnung ablehne. Die Regierung treffe der Vorwurf, daß sie sich selbst und der Öffentlichkeit vormachen wolle, daß mit dieser Notverordnung eine große, staatsmännische Aktion vollzogen werde, die geeignet sei, die Wirtschaft und Finanznot zu überwinden. Wir ständen politisch vor der Wahl, ob Staat und Wirtschaft erhalten bleiben könnten, oder ob diese ungeheuren Opfer gebracht werden müßten.

Der Redner verlangte eine Ausgaben senkung um 8 Milliarden Mark. Sie sei praktisch durchführbar, wenn der ernsthafteste und absolute Wille und die absolute Erkenntnis der heutigen Lage vorhanden wären. Nachdem sich der Redner mit der Lohn- und Preispolitik beschäftigt hatte, kam er auf das Reparationsproblem zu sprechen. Es werde schwer sein, in der gegenwärtigen Lage die Reparationsverhandlungen zu führen, da die Not so groß sei, daß wir jedes politische bedingte Diktat von außen annehmen müßten, weil wir nicht wüßten, wie wir sonst den Zusammenbruch des öffentlichen Kreditwesens und der Klassen aufhalten sollten. Es handle sich darum, nicht nur Deutschland, sondern die Weltwirtschaft durch Streichung der Tribute und Kriegsschulden von diesen zu befreien. Deutschland müsse der Welt klar machen, daß die Schäden für diejenigen, die Tribute erhielten, noch größer seien als für Deutschland selbst.

Minister Schiele über Aufgaben der Landwirtschaft

II. Swinemünde, 19. Juni. Reichsernährungsminister Schiele führte in einer Rede auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstag u. a. folgendes aus: Die Reichsregierung sei bemüht gewesen, die für die landwirtschaftlichen Erzeuger katastrophale Preisgestaltung des Weltmarktes von dem deutschen Markt durch ein System von Schutzmaßnahmen fernzuhalten. Das könne nur dann mit Erfolg fortgesetzt werden, wenn es der deutschen Landwirtschaft gelinge, die deutsche Agrarerzeugung dem deutschen Bedarf anzupassen. Ohne die entscheidende Mitarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften könne dies für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft ausschlaggebende Postulat nicht erfüllt werden.

Die deutsche Landwirtschaft wird Absatzgebiete nur gewinnen und behaupten können, wenn sie dem inländischen Bedarf ein konzentriertes Angebot entgegenzustellen vermag. Hier liegen entscheidende Aufgaben für eine den Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf vermittelnde Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das Handelsklassengesetz eröffnet den Weg, für die standardisierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Absatz zu erleichtern und zu verstärken.

Ein anderer bedeutsamer Aufgabenkreis, der der Reichsregierung am Herzen liegt, ist die landwirtschaftliche Kreditversorgung. Den landwirtschaftlichen Kreditorganisationen erwächst die verantwortungsvolle Aufgabe, ihre Unkosten dem verminderten Geschäftsumfang anzupassen und in Wechselwirkung mit den Hilfsleistungen des Reiches ihrerseits dahin zu wirken, daß die Kreditmittel dem

lehten Darlehensnehmer zu einem Zinsfuß zugeleitet werden, der den Kredit nicht von vornherein unwirtschaftlich macht. Die organische Fortsetzung unserer Getreidepolitik würde dazu führen, daß wir im nächsten Jahre nicht mehr wie in früheren Jahren 4 Millionen Tonnen Getreide einführen müssen, sondern nur noch etwa 1,5 Millionen Tonnen. Nur dieser Weg allein führe zur Rettung aus deutscher Wirtschaftskrise und nicht zuletzt aus der Tributnot.

Frankreichs Verteidigungsanlagen im Osten

400 Millionen Mark für den Ausbau der französischen Grenzbesetzungen bewilligt

Der Finanzausschuß der Kammer nahm die Kreditvorlage für die Grenzbesetzungen im Betrage von 2 Milliarden 500 Millionen Franken (rund 400 Millionen RM.) für das Haushaltsjahr 1931-32 mit allen gegen eine Stimme an. Die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses wählten der Abstimmung nicht bei. — Der Heeresauschuß der Kammer hat die Verteidigungsanlagen zwischen Straßburg und Longuyon besichtigt und eine Entschließung angenommen in der es heißt, daß die Organisierung der Verteidigung der Nord-Ost-Befestigung dem Ausschuß als unerläßliche Ergänzung der Befehle über die Einjährigendienstzeit erscheine. In diesen Verteidigungsanlagen, die mit besonders ausgebildeten Truppen besetzt werden sollen, fände Frankreich bei einem Angriff den nötigen Schutz.

Italienische Handelserfolge

Aufsehen erregendes Vordringen der italienischen Handelsflotte

— Paris, 19. Juni. Die „Gestir“ meldet, hat sich im Wettstreit um die Schifffahrt durch die Dardanellen, in dem bisher Frankreich führend war, ein aufsehenerregender Wandel vollzogen, indem die italienische Flagge, was die Tonnage anbelangt, die erste Stelle erobert hat, während Frankreich an den fünften Platz zurückgedrängt wurde. An zweiter Stelle stünde England und an dritter und vierter Griechenland und Deutschland. Dieser Sieg der italienischen Flagge sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Italien mit Sowjetrußland rege Handelsbeziehungen unterhalte, und daß die italienischen Schiffe in wachsendem Maße die Donauhäfen besahen.

Ein weiterer Faktor der großen Ueberlegenheit, welche Italien in der Dardanellenschifffahrt errungen habe, sei auch der mächtigen Unterstützung zuzuschreiben, welche die italienische Regierung ihren Schifffahrtsgesellschaften angeheime lasse. Dabei sei die Dardanellenschifffahrt im abgelaufenen Jahre um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahre angestiegen.

Mussolini

über den Konflikt mit dem Vatikan

II. Paris, 19. Juni. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Journal“ über den Konflikt mit dem Vatikan erklärte Mussolini, daß er Revision nicht nur für die Massen des Volkes, sondern auch für die geistige Elite für dringend notwendig halte. Er wolle, daß im ganzen Lande der Glaube verbreitet sei, daß die Kinder den Katechismus lernten und am Sonntag die Kirche besuchten. Zu diesem Zweck übten die Priester ihr Amt aus. Das sei Religion. Er werde jedoch nicht zulassen, daß irgend jemand an dem rühre, was des Staates sei. Sobald das Kind ins schulpflichtige Alter trete, gehört es unteilbar dem Staat. Die Kirche bedürfe zur Erreichung ihrer Ziele der Autorität, über die allein der Staat verfüge. Was den gegenwärtigen Streit mit der Kirche angehe, so habe er die katholische Aktion genügend gewarnt, doch habe das nicht genügt. Aus der Richtung der Bewegung habe man gemerkt, daß an ihrer Spitze Fanatiker der faschistenfeindlichen Volkspartei ständen. Deshalb habe er handeln müssen.

Aushebung eines Kommunistenestres

21 Kommunisten in Köln verhaftet

II. Köln, 19. Juni. Die seit einigen Tagen im Severinviertel wiederholt vorgekommenen Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten setzten sich auch gestern abend fort. Kommunisten versuchten gegen 22 Uhr Pfastersteine zusammenzutragen, um damit anscheinend gegen verschiedene Läden vorzugehen. Die Polizei, die rechtzeitig Kenntnis erhielt, setzte mehrere Bereitschaftswagen ein. Eine in diesem Viertel gelegene Gastwirtschaft, die als Standquartier der Kommunisten bekannt ist, wurde von der Polizei geräumt. 21 Personen und der Wirt wurden festgenommen und der politischen Abteilung vorgeführt. Man fand bei der Durchsuchung des Lokals 3 Schußwaffen. Eine weitere wurde bei einem der Festgenommenen vorgefunden.

Großfeuer in einem Moselort

II. Trier, 19. Juni. Am Donnerstag gegen 16 Uhr entstand in einem Wohnhaus in der Nähe der Pfarrkirche von Uerzig an der Mosel ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff und neun Häuser erfaßte. Infolge des Fehlens einer freiwilligen Feuerwehr im Ort mußten die Feuerwehren aus den benachbarten Orten alarmiert werden. Trotz der größten Anstrengungen war das Feuer um 20 Uhr noch nicht ganz gelöscht und griff erneut so gefährlich um sich, daß auch die Kirche des Ortes stark bedroht wurde. Die neun Wohnhäuser sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt. 11 Familien wurden obdachlos. In den Weinbergen, die hinter den abgebrannten Häusern liegen, sind ungefähr 4000 Weinstöcke so stark beschädigt worden, daß sie wahrscheinlich eingehen werden.

Naturkatastrophe in Japan

II. Tokio, 19. Juni. Neue Ausbrüche des Vulkans Muzumoto haben 8 Dörfer der Umgegend verschüttet. Pioniertruppen wurden entsandt, um der Bevölkerung zu helfen. Bisher sind über 80 Schwerverletzte festgestellt worden.

Sahntfahrpreise. Das Wesentliche dieser Vorlage ist, dem 15-Pf.-Tarif ab 1. Juli den Garaus zu machen, um dafür den 20-Pf.-Tarif einzuführen. Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage mit 46 gegen 41 Stimmen abgelehnt. — Die Durchführung der Entzifferung mit einem Aufwand von 430 000 RM., wobei 120 Arbeitslose an 150 Arbeitstagen beschäftigt werden können, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Stuttgart, 19. Juni. Am Donnerstag abend gegen 8 Uhr wurde auf den Geschäftsführer Winter des Schuhgeschäfts Altshäuser ein Raubüberfall ausgeführt. Als Winter das Haus Olgastraße 127, in dem er wohnt, betrat, folgte ihm der Inhaber eines Autos, das unmittelbar nach ihm vor dem Hause angekommen war. Winter wurde auf dem Treppenhause angegriffen, und der Angreifer suchte ihm, wie das Stuttgarter Neue Tagblatt berichtet, die Kasse zu entreißen. Der Ueberfallene leistete Widerstand und hielt die Kasse fest, die aber vom Griff weggerissen wurde, worauf der Räuber mit der Kasse, die 800—900 Mark enthalten haben soll, das Weite suchte. Das Auto soll ein grüner Mercedes-Wagen aus München gewesen sein und mit großer Geschwindigkeit weggefahren sein. Ein Motorradfahrer versuchte vergeblich dem Auto zu folgen. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt.

Bad Niedernau, 19. Juni. Im Handwerker-Erholungsheim in Bad Niedernau waren kürzlich 88 Altmeister anwesend, die zusammen 2611 Lebensjahre zählten, der Durchschnitt war 69 Jahre; es standen zwei in den 80er, 15 in den 70er, 19 in den 60er und 2 in den 50er Jahren. Der älteste zählte 88, der jüngste 53 Jahre.

Schramberg, 10. Juni. In der letzten Gemeinderats-sitzung gab der Stadtvorstand Aufschluß über die Veruntreuungen beim Steuerertrag. Darnach hat ein Verwaltungskandidat als Kanzleihilfe des Steueramts seit längerer Zeit unbefugte Biersteuerbeträge eingenommen und für sich verwendet. Bis jetzt sind Unterschlagungen in Höhe von etwa 3700 RM. aus den Rechnungsjahren 1927 bis 1931 erwiesen.

Stuttgart, 19. Juni. Donnerstag früh 3 Uhr entluden sich über dem Nistal schwere Gewitter, die auch starken Hagel schlugen. Ueber der Markung Neppingen vernichteten Hagelkörner die Ernte vollständig. Auch wurden zahlreiche Fenster Scheiben eingeschlagen, die ganze Markung gleich lange Zeit einer Winterlandschaft.

Stuttgart, 19. Juni. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der letzten Gemeinderats-sitzung betraf die Einführung der Arbeitsdienstpflicht der Unterstützungsempfänger. Der Stadtvorstand betonte, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um einen Versuch handle. Die Berateten seien sehr arbeitswillig. Bei den Lebigen sei schon der Versuch mit der Arbeitsdienstpflicht gemacht worden. Von den 45 Lebigen Ausgesetzten seien ein paar Tage nachher nur noch 4 gekommen und heute seien es noch 3. Der Gemeinderat beschloß die versuchsweise Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Friedrichshafen, 19. Juni. Bei dem gestrigen Sturm über dem Bodensee wurde in Friedrichshafen, vor allem im Gondelhafen nicht unbeträchtlicher Schaden angerichtet. In Langenargen wurden die Schutzmauern überflutet. Zwei Krieschiffe von Schiffmeister Woher mußten im Stich gelassen werden und versanken. Landeinwärts war der Schaden, den der Sturm angerichtet hatte, ebenfalls ziemlich bedeutend. Ältere Bäume wurden gespalten, jüngere geknickt; auch liegt viel Obst am Boden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttgart, 19. Juni. Auch heute gaben die Kurse an der Börse nach.

In 14 Tagen mehr als 1 Milliarde Gold und Devisen ins Ausland geflossen

Der Reichsbankausweis vom 15. Juni spiegelt die katastrophale Entwicklung, die wir seit Anfang des Monats am Geldmarkt beobachten können, deutlich wieder. Nachdem bereits im ersten Juni ausweis ein Rückgang des Gold- und Devisenbestandes um rund 160 Millionen Reichsmark verzeichnet werden mußte, zeigt der Medioausweis einen weiteren Abgang an Gold von 534 Millionen Reichsmark und einen offen ausgewiesenen Devisenabgang von 8,6 Millionen Reichsmark. Dazu kommt noch ein Abfluß von rund 100 Millionen Reichsmark. Devisen, die auf dem Konto der „sonstigen Wechsel und Schecks“ verbucht waren. Berücksichtigt man weiter, daß im Ausweis vom 15. Juni die Devisenabgänge seit vorletzten Freitag, die etwa 200 Millionen RM.

bis einschließlich Montag betragen, noch nicht zum Ausdruck kommen, so beträgt der tatsächliche Abgang an Gold und Devisen bis zum Mittwoch rund eine Milliarde Reichsmark.

Wieder starke Devisenanforderungen

Nachdem sich der Devisenmarkt in den letzten Tagen etwas beruhigt hatte und die Anforderungen wesentlich zurückgegangen waren, setzte gestern wieder verstärkte Nachfrage ein. Die Reichsbank setzte den Dollarkurs auf 4,21,30 fest. Man schätzt die Abgaben der deutschen Notenbank auf etwa 10—15 Millionen Dollar.

Die Gefahr einer Markentwertung besteht nicht

Das Institut für Konjunkturforschung stellt in einer Betrachtung über die Abnahme des Bestandes an Deckungsmitteln der Reichsbank sowie über die Diskonterhöhung abschließend fest, daß in jedem Falle der Reichsbank ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Herrschaft über den Devisenmarkt wieder zu erlangen. Nötigenfalls würde sich mit den Diskontmaßnahmen eine Restriktion der Reichsbankkredite zu verbinden haben. Die vielfach befürchtete Gefahr einer Markentwertung besteht bei den geltenden Bestimmungen jedenfalls nicht. Krediteinengung führt zu einem Druck auf die Preise, also zu einer Erhöhung des Geldwertes. Sie bewirkt damit gerade das Gegenteil einer Inflation.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 19. Juni

Weizen märk. 269—271; Roggen märk. 207—209; Futter- und Industrieerste 190—206; Hafer märk. 169—172; Weizenmehl 32—37,25; Roggenmehl 27,5—30; Weizenkleie 13,90 bis 14,20; Roggenkleie 12,75—13; Viktoriaerbsen 26—31; Futtererbsen 19—21; Pelusiden 26—30; Ackerbohnen 19—21; Wicken 24—26; Lupinen, blaue 16—17,50; die, gelbe 22—27; Rapskuchen 9,50—10; Leinkuchen 13—13,20; Trockenschrot 7,70—7,80; Sojashrot 11,90—13. Tendenz: uneinheitlich.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. Die Schriftl.

Kirchliche Nachrichten

Evang. Kirchengemeinde

Sonntag, 21. Juni, 2 Uhr nachmittags: Sonntagsschulpaziergang vom Vereinshaus aus.

STADTGEMEINDE CALW

Bei guter Witterung findet am Sonntag, den 21. Juni 1931 vorm. 11 Uhr ein

KONZERT

IM STADTGARTEN

statt. — Eintritt freil

Bürgermeisteramt Calw

Blumen-Sonntag!

Sonntag, den 21. Juni

Zum Schmuck der Kirche und zur Freude der Alten und Kranken werden die Gartenbesitzer um freundliche Blumenpenden — klein oder groß — gebeten. Ablieferung in der Kirche heute Samstag nachmittags oder Sonntag früh vor 8 Uhr.

Ev. Kirchengemeinde Calw.

Bad Liebenzell

Wochenprogramm

Samstag, 20. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert abends 8 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr Tanzabend im Kurfaal (Leitung: Tanzlehrer Frh H a p p e l, Pforzheim.) Eintritt: 1.—RM., Beikarten 50 Pfg.

Sonntag, 21. Juni vorm. 11—12 Uhr: Promenadekonzert in den Kuranlagen nachm. 4—6 Uhr: Konzert der Schwäbischen Liedergemeinschaft Kromer und der Kurkapelle Eintritt: 60 Pfg., Beikarten 40 Pfg., für Inhaber von Kur- und Dauerkarten 40 Pfg. abends 8 $\frac{1}{4}$ —10 Uhr Konzert der Kurkapelle

Montag, 22. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert

Dienstag, 23. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert abends 8 $\frac{1}{4}$ —10 Uhr Kurkonzert

Mittwoch, 24. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert abends 8 $\frac{1}{4}$ —10 Uhr Tanztee im Kurfaal

Donnerstag, 25. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert abends 8 $\frac{1}{4}$ —10 Uhr Kurkonzert

Freitag, 26. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert

Samstag, 27. Juni nachm. 4—6 Uhr Kurkonzert abends 8 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr Tanzabend im Kurfaal (Leitung: Tanzlehrer Frh H a p p e l, Pforzheim.) Eintritt: 1.—RM., Beikarten 50 Pfg.

Städt. Kurverwaltung.

Kurort Hirsau

Am Sonntag von 4—6 Uhr

Kuranlagen-Konzert

wozu freundlichst einladet

die Kurverwaltung

Sonntag, den 21. Juni

Sportplatz Calwerhof

Verbands-Auswahlspiel

A-Klasse Gruppe III gegen A-Klasse Gruppe IV

Spielbeginn 3 Uhr

Vorspiel: 1/2 Uhr

T. V. Merklingen I. — F. V. Calw II.

Verwaltungs-sonderzüge

mit 40 v. H. Fahrpreismäßigung u. sonstigen Vergünstigungen von Stuttgart Hbf.

1. nach Zürich—Rigi—Luzern (Fahrt auf Vierwaldstättersee) am Samstag/Sonntag, 4./5. Juli 1931, (kein besonderer Reisepaß erforderlich); Gesamtkosten ab Stuttgart 35 RM.

2. nach Saarbrücken — Trier am Samstag/Sonntag, 11./12. Juli 1931 (Personalausweis mit Lichtbild erforderlich.) Gesamtkosten ab Stuttgart etwa 28 RM. Auskunft, Programme, Anmeldung bei den Fahrkartenschaltern, in Stuttgart auch beim Hapag-Reisebüro im Hauptbahnhof.

Reichsbahndirektion Stuttgart.

Erstklassigen

Klavier-Unterricht

mit neuzeitl. Technik und Theorie

Vorbereitung zur Musikhochschule und zum Musikseminar erteilt

Felicitas Schlaich

Schülerin v. Hochschulprofessor Rehberg

Calw, Salzgasse 11

Wohin geht man zum

Nachmittags-Kaffee?

In das herrlich gelegene Höhen-Restaurant u. Terrassenkaffee

Schützenhaus

Calw, Fernspr. Nr. 4.

Bequeme Autofahrt

Warme Küche jederzeit.

Schmerz laß nach!

Resilose Hübnereugen- u. Hornhaut-Vertilgung

Kein Verband — kein Pflaster kein Verschleiben — kein Pflaster keine Salbe.

Viele Anerkennungen nur 50 Pfg.

Friedrich Schauerberger Schuhgeschäft, Marktstr. 7

337 Rufnummer

Autofahrten

zuverlässig und billig

Alfred Schäberle, Calw

Vermögenssteuer erklärungen 1931

fertigt

Schaltheiss a. D. Meyle, Calw

Telefon 291

Eugen Mann

Landschaftsgärtner

Stammheim bei Calw

empfiehlt sich zum Anlegen von Gärten, Kuranlagen und Parks.

Motorräder

Motorfahräder

Fahrräder

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Reparaturen rasch und billig

Chr. Widmaier, mech. Werkstätte.

Wäsche- und Kleiderstoff-Netze

der Firma Königer, Crinitzschau in Sachsen.

für Bettbezüge in Damast, Leinwand, Barchent, Handtücher, Wischtücher, Stoffe, Kleider, Blusen z. billigsten Preisen. (Rein Laden)

Niederlage bei Frau G. K a f f z, Monnegasse 1. l.

Hirau

Den

Grasertrag

von 2 $\frac{1}{2}$ Morgen Wiese verkauft

G. Ferber

Gutes

Grabambrot

(Schrotbrot)

wieder feinere Mahlung empfiehlt

Hermann Schnürle, Bäcker.

Metall-Bettstellen

für Erwachsene und Kinder

Auflege-Matratzen

in allen Ausführungen

Wollmatratzen in Jacquarddrill Größe 90x190 von Mk. 36.— an

Emil G. Widmaier, Bahnhofstrasse

Mitgliedskarten

Vereinsstatuten

liefert rasch und billig die

Tagblatt-Druckerei

2 tüchtige

Gipfer

finden sofort Beschäftigung bei

Baumstr. Ueber, Calw

Mädchen gesucht

Apotheke Bad Liebenzell

Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

Befreiung von der Beitragspflicht zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und zur Landwirtschaftskammer für 1931

Von der Beitragspflicht zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und Landwirtschaftskammer können alle nicht landwirtschaftlich benützten Grundstücke befreit werden. Dies gilt besonders bezüglich der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für kleine Haus- und Ziergärten, bei der Landwirtschaftskammerumlage für Blumen- und Gemüsegärten, die nur für den Bedarf der Haushaltung des Besitzers genützt werden. Die Befreiung gilt nur solange, als der Befreiungsgrund besteht.

Anträge auf Freilassung sind innerhalb der Frist von 3 Wochen mündlich oder schriftlich beim Städt. Steueramt — Ratsschreiber Mähner — zu stellen.

Calw, den 19. Juni 1931.

Bürgermeisteramt: G h n e r.

Calw

B a u m h o l z

vom Salgenwasen zu verkaufen am Montag, den 22. Juni, vormittag 8 Uhr. Zusammenkunft beim Welschen Hause.

20. Juni 1931.

Stadtpflege.

W. Forstamt Hirsau Letzter Beigeholz- Verkauf

Am Mittwoch, den 1. Juli 1931 vorm. 10 Uhr in Dberreichenbach Hirsau aus Staatswald V Weichenhardt: Scheidholz aus Abt. 2 Habichtsfang, 3 Torfstich, 9 Harbt, 13 Kahlplatte, 15 Sperberholz, 17 Zellerholz, 18 Rehgrund, 19 Schwärzmilch, 25 Blindberg, 26 Kuchenbrücke, 32 Blindbachhalde, 33 Blindbergene, 34 Schmirlofen, 37 Finsterbrünne, 38 Bockhall, 40 Ob. Föhreihenbau: 56 rm Nadelholz-Anbruch. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Deckenpfronn Im Wege der Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Dienstag, den 23. ds. Mts. vorm. 8 Uhr gegen b. Bezahlung: 1 Futterschneidmaschine, 1 Mofsbütte
Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Den
Grasertrag
von 32 ar gut gebüngt verkauft
Mag Haas, Hirsau



Städt. Hausfrauenverein

Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr findet im Gasthaus zum „Abler“ ein Vortrag von Herrn Hauptl. Werner statt über:

„Den Wert des Honigs in gefunden und kranken Tagen.“

Eintritt frei für Jedermann.



Empfehle mein

Leichen-Auto

mit Personen-Beförderung

im Bedarfsfalle für Nah- und Fernfahrten bei billigster Berechnung

Emil Morof z. „Rappen“

Halt bei Verstopfung, Darmträgheit Im Hause stets Sani Drops bereit!

„30 jährige Verstopfung durch Sani Drops behoben“ H. M. in A. Sani Drops wirken zuverlässig, mit uhrenhafter Pünktlichkeit, unschädlich, ursächlich heilend.

Sani Drops das Funktionsmittel aus Sonnenpflanzen Kurpackung für 4 bis 6 Wochen RM. 3.20 Große illustrierte Broschüre kostenlos! In den Apotheken, sicher in den Apotheken zu Calw, Teinach und Liebenzell



ECKE METZGER-
& BLUMENSTRASSE

Mit Geschmack
gekleidet sein — heisst
Mäntel und Kleider
tragen aus dem Spezialhaus

C. Berner

PFORZHEIM

RAUS

mit der Ware!

Unser

TOTAL-AUSVERKAUF

wegen Aufgabe unserer Pforzheimer Zweigniederlassung (Beginn 30. Mai 1931) geht jetzt unter der Devise:

„raus mit der Ware“
ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis!

In den immer noch zu großen Lägern:
Glas, Porzellan, Steingut, Haushalt-
artikel, Spielwaren, Schreibwaren,
Gardinen und Dekorations-Stoffe
geben wir ab Freitag nachmittag 3 Uhr

50

Prozent RABATT

mit Ausnahme aller bereits bedeutend herabge-
setzten Nettoartikel, sowie weniger Markenartikel.

Alle übrigen Abteilungen geben weiterhin

30-50% Rabatt

mit Ausnahme einiger Netto- und Marken-Artikel

WRONKER

PFORZHEIM